Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Preis 15 ₰

Morgen, Sonntag, erhalten alle Echoleser Das Echo der Woche Illustriertes Blatt der Wasserkante

Erscheint täglich einmal, außer an 2. Feiertagen. **Bezugspreis,** im voraus zahlbar: Monatlich **2,50 ℳ** (einschl. **50 ₰** Zustellungsgebühr), wöchentlich **60 ₰** (einschl. **15 ₰** Zustellungsgebühr). Für Abholer wöchentlich **55 ₰.** Durch die Post zu gleichen Bezugspreisen zuzüglich Bestellgeld. Redaktion: Fehlandstr. 11, I. Fernsprecher: Sammel-Nr. 35 17 01, Nachtruf 35 23 21, 35 35 03. Verantwortl. Redakteur: **J. Richter, Altona.** Druck und Verlag: Auer & Co., Fehlandstraße 11, I. Fernspr.: Sammel-Nummer 35 18 31, Nachtruf 35 36 83. Buchhandlung: Kaiser-Wilhelm-Straße 14/16. Fernspr.: 35 43 73, 35 53 39.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark, die 13gespaltene Nonpareillezeile **45 ₰. Private Familienanzeigen 30 ₰. Stellenangebote 35 ₰. Stellengesuche 25 ₰. Bäderanzeigen 30 ₰. Kleine Anzeigen** bis 9 Zeilen, die Zeile **30 ₰,** 10 bis 15 Zeilen die Zeile **35 ₰. Reklamezeile 3,50 ℳ.** Anzeigen müssen im voraus od. sof. bezahlt werden. **Anzeigenannahme** Fehlandstraße 11, Hochpartierre, Fernsprecher: Sammel-Nummer 35 17 01, Nachtruf 35 24 61 **(bis 6 Uhr abends)** in den Filialen und in allen anerkannten Anzeigen-Annahmestellen. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich.

Nummer 30 | **Sonnabend, 30. Januar 1932** | **58. Jahrgang**

Kriegserklärung Chinas an Japan

WTB. London, 30. Januar.

Wie Reuter aus Schanghai meldet, hat China Japan den Krieg erklärt.

Chinas Hilferuf an den Völkerbund

Genf, 29. Januar. Um die Besetzung Schanghais wirksamer abzuwehren, hat China den Rat auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundspaktes angerufen. Der Rat mußte trotz der japanischen Gegenzüge einmütig sofort in dieses Verfahren eintreten. Die Verhandlung im überfüllten Ratssaal trug den Stempel höchster Spannung.

Der Vorsitzende Paul Boncour sagte, der Streitfall sei auf dem Punkt eines

sofortigen Bruches zwischen Japan und China;

das sei eingetreten trotz aller Bemühungen des Rates.

Es wäre für den Völkerbund unmöglich, ein Reglement anzunehmen, das mit Mitteln erzwungen worden wäre, die dem Pakt zuwiderlaufen. Der Rat könne sich seiner neuen Verpflichtung nicht entziehen.

Yen, China, betonte, daß alle Bemühungen um eine Beilegung des Konfliktes ohne Wirkung gewesen seien. Angesichts der dauernden Angriffe Japans müsse China neue Mittel anwenden. Die

Verachtung der Verpflichtungen aus dem Völkerbundspakt durch Japan

sei flagrant. Zum Beweis verlas Yen neue Berichte aus Schanghai, um das augenblicklich noch eine heftige Schlacht tobe.

Sato, Japan, entgegnete mit der üblichen Schilderung der angeblichen Provokation der Chinesen. Ein Bruch drohe nicht, wenn China den Bruch nicht wolle. Direkte Verhandlungen seien der Beginn jeder friedlichen Regelung, die man noch nicht versucht habe. Anstatt das zu tun, bringe China plötzlich die Sache nach Artikel 15 vor den Rat. Dieses sei der letzte Weg für zwei Mitglieder des Völkerbundes. Ehe er betreten werde, müßten erst durch direkte Verhandlungen die friedlichen Mittel erschöpft werden. Der Rat handle klug, nach Artikel 11 weiter zu untersuchen.

Paul Boncour antwortete mit einer Zurückweisung der juristischen Verschleppungsversuche. Es hänge nicht vom Rat ab, über die Prozedur zu bestimmen, sobald er nach Artikel 15 angerufen sei. Es müsse

sofort Artikel 15 angewandt werden,

und das erste sei, daß der Generalsekretär die Tatsachen feststelle, auf denen die Sache beruhe. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, verlangte ein ergänzendes Exposé von China und Japan. Darüber hinaus müsse der Rat eine unparteiische Darstellung haben, besonders über die bedauerlichen Ereignisse in Schanghai.

Paul Boncour schloß seine Darlegungen mit der Feststellung ab, der Rat werde am Sonnabendvormittag die Vorschläge des Generalsekretärs prüfen. Es sei unmöglich, die Tagung am Sonnabend zu schließen.

Kampf in Schanghai

SPD. London, 30. Januar.

Der Abwehrkampf der Chinesen gegen den japanischen Angriff in Schanghai wird von dem ehemaligen chinesischen Außenminister Eugen Tschen geführt. Sein Hauptquartier hat er in der Wohnung Sunfos in der französischen Konzession. Tschiangkaischek und seine Anhänger werden in politischen wie in militärischen chinesischen Kreisen aufgefordert, entweder etwas für die Nation zu unternehmen oder das Land zu verlassen.

Ein Mitglied des Schanghaier Büros der United Preß schilderte die grauenerregende Wirkung des japanischen Bombenangriffs auf die Zivilbevölkerung in Schapei. Es sei

unmöglich, die Opfer an Frauen, Kindern und Männern zu zählen, die die japanischen Bomben gefordert hätten.

14 Stunden lang hätten die japanischen Fliegerbomben den dicht bevölkerten Stadtteil verwüstet, wo die Masse der Bevölkerung überhaupt nichts von einem japanischen Ultimatum gewußt habe.

Das Feuer in der Chinesenstadt breitet sich mit rasender Eile aus. Fast die ganze Umgebung des Nordbahnhofs steht in Flammen. Die Japaner haben auch einen Zug mit Bomben beworfen, der vom Nordbahnhof abfahren wollte.

Der Generalstreik, zu dem die chinesische Handelskammer infolge des Konflikts mit Japan aufgefordert hat, wird restlos durchgeführt. Sämtliche chinesischen Banken haben geschlossen. Nur Lebensmittelgeschäfte sind geöffnet. Durch die Straßen werden Schilder getragen mit der Aufschrift:

„Leistet den Japanern bis zum Tode Widerstand."

*

In Schanghai war ein Waffenstillstand vereinbart worden, der aber nicht in Kraft blieb. Dann wurde berichtet, weitere neue japanische Kriegsschiffe seien im Anmarsch. Zugleich hieß es, aus Nanking sei Zuzug chinesischer Truppen zu erwarten.

Amerika fordert die Offenhaltung des Hafens von Schanghai, dessen Gesamteinfuhr im Jahre 1930 318 Millionen Dollar betrug. An dieser Gesamtsumme sind in der Hauptsache die Vereinigten Staaten mit 78 Millionen Dollar, Japan mit 59 Millionen Dollar, Britisch-Indien mit 43 Millionen Dollar, England mit 38 Millionen Dollar beteiligt gewesen. Die Ausfuhr aus dem Hafen von Schanghai nach Amerika hat 40 Millionen Dollar erreicht.

Associated Preß meldet, die Japaner hätten ihre Truppen wegen der Ankunft chinesischer Verstärkungen zurückgezogen.

England verlangte von Japan Erklärung seiner Absichten. Damit ist England den amerikanischen Wünschen, durch eine feste Haltung eine Ausdehnung des japanischen Machtbereiches zu verhindern, entgegengekommen. Ob England allerdings ebenso weit zu gehen entschlossen ist wie Amerika, ist eine andere Frage. Begeisterung zeigen das englische Auswärtige Amt und auch die Presse in London für eine Einmischung Englands im Osten nicht.

Verteidigung der internationalen Siedlungen

Die internationalen Siedlungen Schanghais werden von etwa 10 000 Freiwilligen, die die Engländer, Amerikaner, Franzosen und Italiener aufgeboten haben, verteidigt. Die Siedlungen gleichen einem bewaffneten Lager. Umfangreiche Absperrungen mit Drahtverhauen und Sandsäcken wurden vorgenommen. Im Hafen liegen fünf englische, zwei französische und ein amerikanisches Kriegsschiff. Man ist um die Sicherheit der 30 000 Fremden im Augenblick noch nicht besorgt.

Säbelhelden machen Politik

Englands Meinung geteilt

Die Londoner Linksblätter sehen in der Haltung des Admirals Schiosawa, der trotz der Annahme des japanischen Ultimatums durch China das Ford Wusung bombardierte, einen Beweis dafür, daß die

japanischen Militärs ähnlich wie in der Mandschurei über den Kopf der politischen Leitung hinweg Krieg auf eigene Faust beginnen wollen.

Der Daily Herald sagt: „Die japanischen Forderungen an China stellen einen größeren Einbruch in die chinesische Souveränität dar, als die deutsch-österreichischen im Jahre 1914 den Serben gegenüber."

Die große Informationspresse stellt sich rückhaltlos auf Seiten Japans.

Mandschureikämpfe – Konflikt mit Rußland

Die japanischen Truppen konnten bis jetzt noch nicht in Charbin einmarschieren, da die Sungari-Brücke, über die die chinesische Ostbahn führt, von den Chinesen zerstört wurde. Auf beiden Seiten des Flusses ist Artillerie aufgefahren, und ein scharfer Kampf ist bereits zwischen Chinesen und Japanern im Gange. Die Außenbezirke Charbins sind erneut von japanischen Flugzeugen bombardiert worden.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion verbreitet eine Pressemeldung aus Peking, daß auf Verfügung des chinesischen Kommandos einige Linien der Südstrecke der Ostchinesischen Bahn zerstört und einige Brücken gesprengt worden seien.

Japan führte in Moskau Beschwerde, weil die Sowjetbehörden die Benutzung der Ostchinabahn für japanische Truppensendungen nach Charbin nicht gestatten. Korachan antwortete dem japanischen Botschafter mit der Gegenbeschwerde: japanische Truppen hätten Züge besetzt und seien abgefahren, ohne die Bahndirektion Mitteilung zu machen.

Aus Charbin wird gemeldet, daß sich 3000 russische Bahnangestellte bewaffnet und dem chinesischen Oberbefehlshaber Tingtschao Waffen geliefert hätten. Dieser habe dem russischen Eisenbahndirektor den Rat gegeben, die Entsendung sowjetrussischer Truppen nach der Mandschurei zu verlangen.

Aus Tschangtschun wird gemeldet, daß die Japaner beschlossen haben, die Leitung der südlichen Verlängerung der ostchinesischen Bahn zu übernehmen und den Verkehr auf dieser Bahn zu sichern. Die sowjetrussischen und chinesischen Angestellten weigern sich, unter diesen Umständen ihren Dienst weiter zu versehen.

Frick Präsidentschaftskandidat?

Aber Widerstand im Nazi-Lager

SPD. München, 30. Januar.

Aus dem Münchner Braunen Haus verlautet zuverlässig, daß die Reichsleitung der NSDAP. vorläufig noch an der Absicht festhält, am 3. Februar Frick als Kandidat für die Reichspräsidentschaft zu nominieren. Aber auch Frick stößt bereits bei mehreren Landesverbänden der NSDAP. auf Widerstand. Am liebsten möchte sich jeder Naziführer selbst nominieren.

Japans Räubertum

Die Geschichte kennt mancherlei wüste Vergewaltigungen friedlicher Städte, berühmt-berüchtigt ist besonders Nelsons Ueberfall auf Kopenhagen am 2. April 1801. Aber England konnte damals immerhin sagen, es dürfe die Schließung der Ostsee nicht dulden, Dänemarks Anschluß an Rußland sei ein so feindseliger Akt, daß er ohne Kriegserklärung sofort zu durchkreuzen sei. Nicht einmal eine so dürftige Begründung kann Japan anführen; es handelt wie der Räuber, der aus dem Busch hervorbricht. Die Schandtat von Schanghai wird ihm nie vergessen werden! Jetzt sieht sogar der Völkerbundsrat ein, daß seine Haltung zum Mandschureistreit zu lasch war; allerdings steht noch nicht fest, ob nun wirkliche Handlungen folgen. Japan nennt als Vorwand seines Tuns den Boykott seiner Waren; sinngemäß müßte der Völkerbund alle Wirtschaftsbeziehungen zu Japan versemen, seinen Handelsschiffen jede Fracht vorenthalten, nichts annehmen, was sie bringen. Jeder Hafen müßte Japan sich verschließen! Aber es wird nicht dazu kommen, regen sich doch sogar in London Stimmen zugunsten Japans. Vielleicht in Erinnerung der Tatsache, daß Englands Opiumkrieg gegen China eine noch größere Scheußlichkeit war?

Heute aber, im Vorstadium der Weltbefriedung, würde der Völkerbund sich selbst verneinen, wenn er gegen Japans Mordbrennerei nichts unternimmt.

Inzwischen aber zeigen sich Merkmale einer Wandlung des friedlichen Geistes der Chinesen, Eugen Tschen hat entschlossen Kampfkräfte zusammengerafft — auch wenn er in Schanghai unterliegt, wird er nationale Energien wecken. In Jahr und Tag wird vermutlich Japan der Zauberlehrling sein, der Kräfte rief, die er nicht bannen kann.

Abrüstung!

Genfer Konferenz im Waffenlärm

Im alten Rom wurde Janus verehrt, der Gott mit zwei Gesichtern: eines blühend, Sinnbild des Lebens und seiner Fruchtbarkeit, das andere verlebt und grausig. Brach Krieg aus, so wandte der Gott sein Schreckensgesicht zum Tempeleingang; aber die Türen wurden geschlossen, erst der Friede öffnete sie wieder.

Wäre Janus das Sinnbild unserer Tage und das Völkerbundhaus sein Tempel, dann dürfte die Abrüstungskonferenz am Dienstag nicht eröffnet werden. Mindestens müßte Japans Vertreter sich scheuen, die Schwelle zu überschreiten; und die meisten der Staatenboten, die sich um den Vorsitzenden Henderson gruppieren werden, hätten beschämt die Augen zu senken. Die Massen aber, die in Europa und Amerika in diesen Tagen ihre Stimme für Abrüstung erhoben, werden rufen: Nun erst recht!

Keineswegs bestätigt die Kanonade von Schanghai den Rüstungswahn, sondern sie fordert die Schaffung einer Friedensordnung, die Sicherheit findet in der Abrüstung. Der Weg zur Abrüstung ist freilich schwer, denn in keinem Großstaat sind die Gläubigen der Gewalt samt Militärherren und Rüstungsinteressenten unbedingt den Friedenswilligen unterworfen; und obgleich man jetzt weiß, daß Krieg das schlechteste Geschäft, so wird doch nirgends auf die Kampfbereitschaft verzichtet. Ausnahmen machen, wenn man von den skandinavischen Staaten absieht, nur die besiegten Mächte. Sie pochen auf den Rechtsanspruch gleichmäßiger Abrüstung, die von den andern, zumal von Frankreich, verweigert wird; die Besiegten sollen nie erstarken, denn man fürchtet ihre Rache.

Aber gilt nicht von den Besiegten, was einst Heine von den geknechteten Juden des Ostens sagte: Ein solches Volk ist furchtbar, es dulde oder räche die Behandlung! Sollen die Deutschen wirklich in eine Seelenverfassung der Rachsucht gebracht werden, einer Rachsucht, die den Nazigeist übergipfelt und nur noch den einzigen Lebenszweck kennt: die politischen Karten mischen zu helfen zum Spiel um das Aeußerste!? Dann käme der neue Weltkrieg, ungewiß sein Ausgang, gewiß nur, daß er Wunden schlüge, an denen die Kulturmenschheit sich verbluten würde.

Auch Frankreich graust es vor dieser Aussicht; und eben deswegen sucht es Sicherheit in der Rüstung. Selbst ein Daladier hat dieser Tage vorgerechnet, daß gegen die Vorkriegszeit Frankreichs Rüstungslast um ein volles Drittel schwerer wurde. Und der Abgeordnete Oberstleutnant Fabry, der neben Paul Boncour und Tardieu Frankreich auf der Abrüstungskonferenz vertreten wird, sagte am 18. Januar im Temps:

Wenn das Ergebnis der Genfer Beratungen die Rüstungsfreiheit sein sollte, würden die Nationen binnen kurzem zwischen dem Bankerott oder dem Krieg zu wählen haben.

Also ist Rüstungsbegrenzung nötig, Abrüstung auch, und besonders der Schwergerüsteten! Was Deutschland auferlegt ist, das müssen alle auf sich nehmen. Aber wiederum ächzt Frankreich: Gebt mir zuvor Sicherheit! Und in der Tat, wenn nur die allgemeine Rüstungsbeschränkung eintritt und weiter nichts verändert wird, dann muß Frankreich fürchten. Das ist kein Grund gegen Abrüstung, es bestätigt nur die Notwendigkeit der Ordnung der Weltwirrnis. Eins hängt vom andern ab: Frankreichs Sicherheit entweder von der Schwerrüstung, die es auf die Dauer erdrückt, oder von einer Verständigung, die die Rachedrohung aufhebt; und diese Verständigung bietet sich dar im Abbau der Reparationen; der Abbau wird möglich, wenn Frankreich von Amerika Schuldennachlaß erhält — und der Schuldennachlaß ist zu erlangen durch Abrüstung!

In der Verknüpfung der Dinge, in dem Zusammenhang der krisenauslösenden Tatsachen von Politik und Wirtschaft,

Lahusen, Katzenellenbogen, Borsig,

die drei Pleitekönige

siehe 2. Seite

Arbeitgeber wühlen

Arbeitslosenversicherung in Gefahr!

Noch wehrt sich Stegerwald

SPD. Berlin, 30. Januar.

Aus Arbeitgeberkreisen werden wieder einmal Pläne für eine durchgreifende Neuorganisation der Arbeitslosenunterstützung gemeldet. Man fordert die Zusammenlegung aller drei Fürsorgearten: der Arbeitslosenversicherung, der Krisen- und der Wohlfahrtsfürsorge.

Der Versicherungscharakter soll vollständig beseitigt und alles auf den gemeinsamen Nenner „Fürsorge" gebracht werden.

In den letzten Tagen haben unverbindliche Besprechungen zwischen Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitgeber stattgefunden. Dabei stand außer der Grundidee der Zusammenlegung vor allem auch die Frage der

Herabsetzung der Unterstützungssätze

zur Debatte. Die hierdurch sowie durch Vereinfachung des Apparates angestrebte Ersparnis wird auf rund 900 Millionen Mark im Jahr geschätzt. Umstritten ist noch die Frage, ob die geplante einheitliche Fürsorge den Gemeinden oder den Arbeitsämtern übertragen werden soll.

Ueberraschend klingen diese Meldungen nicht. In dieser Richtung wird seit langem in Arbeitgeberkreisen gebohrt. Bis jetzt hat jedoch der Reichsarbeitsminister Stegerwald eine Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung, die nicht zuletzt ein Werk des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, des führenden Sozialpolitikers des Zentrums, ist, abgelehnt.

Reform der Sozialversicherung

Das Reichsarbeitsministerium hat seine vorbereiteten Arbeiten für eine Reform der Sozialversicherung abgeschlossen. Anfang der kommenden Woche finden die ersten Besprechungen mit den an der Reform besonders interessierten Organisationen statt. Zunächst ist eine Besprechung vorgesehen, an der die Landesversicherungsanstalten und die Länder teilnehmen.

Der Reichsarbeitsminister will nach wie vor die Reform auf parlamentarischem Wege erledigen. Man rechnet jedoch in Regierungskreisen für eine parlamentarische Verabschiedung mit harten Auseinandersetzungen.

Regierung Buresch ohne Schober

Der Justizminister ein Monarchist

Buresch hat sein Kabinett zustande gebracht; er hat auch das Außenministerium an Schobers Stelle übernommen. Sämtliche Minister, mit Ausnahme des Innenministers Dr. Winkler (Landbund), gehören der Christlichsozialen Partei an. Neu gegenüber dem vorigen Kabinett Buresch der Justizminister Schuschnigg, Rechtsanwalt aus Innsbruck. Veränderungen sind also so gut wie keine eingetreten; der neue Justizminister bringt jedoch als Monarchist eine Verstärkung des reaktionären Zuges. Im Parlament stützt sich das Kabinett auf 75 Mandate von insgesamt 165.

Groener fordert Verbot des Völkischen Beobachters

Der Reichsminister des Innern hat die bayrische Regierung ersucht, den Völkischen Beobachter auf acht Tage zu verbieten. Das Ersuchen stützt sich auf einen unerhörten Artikel des genannten Blattes gegen die preußische Staatsregierung, der unter der Ueberschrift „Mordzentrale Preußens" wiedergegeben worden war.

Keine Kreditausweitung

Ein amtliches Dementi

Amtlich wird mitgeteilt:

Es gehen Nachrichten durch die Presse, als ob die Reichsregierung mit einer Umgestaltung der gesetzlichen Grundlagen der Währung befaßt sei, daß sogar beabsichtigt sei, eine künstliche Ausweitung der Kreditmöglichkeiten durch Notverordnung in die Wege zu leiten. Diese Nachrichten sind völlig aus der Luft gegriffen.

Die Reichsregierung steht mit der Reichsbank nach wie vor geschlossen auf dem Standpunkt, daß nichts geschehen darf, was einer inflatorischen Maßnahme auch nur ähnlich sieht. Es wird keinerlei Veränderung des Reichsbankgesetzes erwogen.

In Mecklenburg-Strelitz finden die Neuwahlen zum Landtag voraussichtlich am 13. März statt.

Der mecklenburgische Minister a. D. Dettmann, Güstrow, hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt. Dettmann ist dem Christlich-Sozialen Volksdienst beigetreten.

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:
Kriegserklärung Chinas an Japan.
Abrüstung!
Arbeitslosenversicherung in Gefahr.
Lahusen, Katzenellenbogen, Borsig, die drei Pleitekönige.
Das Mittagessen in Harzburg.
Was hat Deutschland bisher bezahlt?
Tagesbericht:
Gratulation zu einem Geburtstag.
Die Schwierigkeiten der Berufswahl.
Indische Luftschlösser — Der Lord von Bombay.
Die Eiserne Front ruft auf.
Schwebende Fälle — schwimmende Felle. (3. Beilage.)
Kunst und Wissenschaft.
Aus aller Welt:
Das Ende vom Lied im Lübecker Prozeß.
Gewerkschaftliche Umschau.
Elternhaus und Schule:
Taschengeld oder nicht?
Film und Funk:
Henny Portens „Königin-Luise"-Film.